Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 7. Februar 2012 · Nr. 32/6 D1 | HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER | 2,10 € D 2954 A | F.A.Z. im Internet: faz.net

25

Kairo setzt Mitarbeiter von Stiftungen fest

Her. ABU DHABI, 6. Februar. Der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo, Andreas Jacobs, und seine deutsche Stellvertreterin dürfen Ägypten nicht verlassen. Die ägyptische Justiz hat ihnen sowie anderen Vertretern internationaler Nichtregierungsorganisation in Kairo mitgeteilt, dass sie Anklage gegen sie erhoben und ein Ausreiseverbot verhängt hat. Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, wird am Dienstag in Kairo erwartet. Betroffen sind auch 19 amerikanische Staatsbürger, die in die amerikanische Botschaft in Kairo geflüchtet sind, 16 Ägypter, vier Serben, ein Palästinenser und ein Jordanier. Der deutsche Außenminister Westerwelle hatte während seines Besuchs in Ägypten vor wenigen Tagen mit der ägyptischen Regierung und der Militärführung über den Fall gesprochen. Behinderungen von Stiftungen, die einen internationalen Auftrag haben, seien „in keiner Weise akzeptabel", sagte er. Die Konrad-Adenauer-Stiftung verweist darauf, dass sie auf der Grundlage zahlreicher Abkommen seit mehr als 30 Jahren in Ägypten tätig ist. *(Siehe Seite 6.)*

Mit ihrer Geduld am Ende: *Bundeskanzlerin und Staatspräsident in Paris* Foto AFP

Europäische Innenpolitik

Von Günther Nonnenmacher

Es gehört inzwischen zum Komment in den deutsch-französischen Beziehungen, dass die beiden Hauptakteure – die Bundeskanzlerin und der Staatspräsident – nicht einmal den Hauch eines Zweifels an ihrer Übereinstimmung aufkommen lassen. Das wurde jetzt wieder praktiziert nach dem gemeinsamen Ministerrat in Paris in Sachen Griechenlandkrise: Ohne die Verwirklichung der von der Troika aus EZB, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds geforderten Reformen, werde kein frisches Geld nach Athen überwiesen – das ist im Übrigen auch die Gesetzeslage im Deutschen Bundestag.

Differenzen, die es hinter den Kulissen gibt, bleiben unausgesprochen: In Paris hält man die Rosskur, der sich die Griechen unterziehen müssen, für kontraproduktiv, weil sich das Land auf diese Weise zu Tode spare. Die deutsche Knausrigkeit wird gegen die mit der Eurozone verbundenen Exporterfolge der deutschen Wirtschaft aufgerechnet, und das Thema „Eurobonds" – in welcher Form auch immer, unter welchem Namen auch immer – ist nicht vom Tisch. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Griechenland Frankreich näher liegt: Die Befürchtung, dass sein Absturz andere Mittelmeerländer ins Taumeln bringen und am Schluss auch Frankreich erreichen könnte, ist nach dem Verlust des „triple A" für Paris nicht mehr von der Hand zu weisen.

Die Einigkeitsfassade der beiden Piloten der Eurozone scheint inzwischen auch die Finanzmärkte zu beeindrucken; die Hektik des vergangenen Herbstes ist vorerst beendet. Berlin und Paris sehen das als Erfolg der „Merkozy"-Schau an. Der gefährlichste Störfaktor für diese Eintracht ist der sozialistische Präsidentschaftskandidat Hollande. Es lässt sich leicht ausmalen, welche Folgen es hätte, wenn er seine Ankündigung wahr machen würde, den gerade in Brüssel geschlossenen Fiskalpakt wieder aufzuschnüren und neu zu verhandeln: Die Finanzwelt würde wieder in Aufregung geraten, die Europapolitik stünde vor einem Scherbenhaufen. Das ist der Grund dafür, dass sich die CDU-Vorsitzende Merkel im Präsidentenwahlkampf auf die Seite Sarkozys stellt. Europa-Politik, da hat sie recht, ist inzwischen europäische Innenpolitik. Und dieselbe Sorge ist auch der Grund dafür, dass die deutschen Sozialdemokraten über ihren Parteifreund Hollande nur verdruckst reden.

Heute

Alexander von München

Die russische orthodoxe Kirche hat am Wochenende Alexander Schmorell heiliggesprochen. Er gehörte der Widerstandsgruppe „Weiße Rose" an. **Feuilleton, Seite 27**

Invasion in Konstanz

Immer samstags fallen die Schweizer in die Stadt am Bodensee ein. Das Währungsgefälle zwischen Franken und Euro füllt die Kassen des Einzelhandels, wie die Konstanzer es noch nicht erlebt haben. **Politik, Seite 3**

Test für Rahul Gandhi

Früher war Uttar Pradesh eine Hochburg der Kongresspartei. Heute regiert die Unberührbare Mayawati Indiens größten Bundesstaat. Wie schlägt sich der junge Gandhi-Spross bei den Wahlen? **Politik, Seite 6**

Stromlage angespannt

Der Winter mit Temperaturen von weniger als minus 15 Grad Celsius hat Deutschland im Griff. Atomausstieg und Energiewende haben die Lage verändert. Alte Anlagen warten auf ihren Einsatz. **Wirtschaft, Seite 11**

Dejà-vu in der Crunch Time

Trainer Tom Coughlin gewinnt mit den New York Giants zum zweiten Mal nach 2008 die Super Bowl und ist mit 65 Jahren der älteste Meistermacher im amerikanischen Football. **Sport, Seite 25**

Im Kopf von Rudi Assauer

Das ZDF zeigt einen Film über den Mann, der auf Schalke einst das Regiment führte. Heute erinnert sich Rudi Assauer an fast nichts mehr, er hat Alzheimer. Wir sehen, was vielen bevorsteht. **Feuilleton, Seite 27**

Heizen ohne Gas und Öl

Die Preise für fossile Brennstoffe steigen fast ungebremst. Dämmungen und neue Fenster helfen beim Sparen. Es gibt viele Möglichkeiten, Wärme und Badewasser zu erzeugen. **Technik und Motor, Seite T 1**

Mitteilung des Verlags:
6 Seiten Verlagsbeilage „Smart Technology"

Merkel und Sarkozy: Athen muss endlich handeln

Sonderkonto zur Schuldentilgung gefordert / Deutsch-französischer Ministerrat tagt

mic./johe./tens. PARIS/BERLIN/ATHEN, 6. Februar. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy haben am Montag in Paris den Druck auf Griechenland erhöht. „Es kann kein neues Griechenland-Programm geben, wenn es nicht mit der Troika zu einer Einigung kommt", sagte die Kanzlerin zum Abschluss des deutsch-französischen Ministerrats. Athen müsse endlich handeln und zu seiner Verantwortung stehen, forderten Frau Merkel und Sarkozy. „Die Zeit drängt und für die Eurozone steht viel auf dem Spiel", sagte die Kanzlerin. Beide sprachen sich für die Einrichtung eines Sonderkontos aus, das der Schuldentilgung dienen soll. „Ich unterstütze die Idee, dass man die notwendigen Zinszahlungen für die Schulden auf ein Extrakonto legt, womit gesichert ist, dass Griechenland dieses Geld auch ständig bereitstellt", sagte Frau Merkel.

Die Griechenland-Krise bildete eines der Hauptthemen des halbjährlichen Gipfeltreffens, zu dem auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und acht weitere Fachminister aus Berlin nach Paris gereist waren. Sarkozy unterstützte die deutsche Position. „Gemeinsam sagen wir unseren griechischen Freunden, dass jetzt Entscheidungen gefällt werden müssen", sagte Sarkozy. „Das Geld wird nicht freigegeben, bevor nicht grundsätzliche Verpflichtungen erfüllt sind." Frau Merkel betonte den gemeinsamen Wunsch, dass Griechenland in der Eurozone verbleibe. Sarkozy sagte, das Problem der Überschuldung Griechenlands müsse „ein für alle Mal" gelöst werden. Die Griechen „müssen die Reformen verabschieden, zu denen sie sich verpflichtet haben", fügte er hinzu.

Der „bedingungslosen Kooperation Deutschlands und Frankreichs" sei es zu verdanken, dass der Euro nicht „in den Abgrund" gestürzt sei, sagte Sarkozy. Er stimme mit der Bundeskanzlerin überein, dass Anfang März der Fiskalpakt zu solidem Haushalten unterzeichnet werde. Der Präsident warnte, dass die Unterschrift Frankreich zur Ratifizierung verpflichte und keine parteipolitische Angelegenheit sei; der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande hat angekündigt, Ergänzungen zum Fiskalpakt aushandeln zu wollen und lehnt eine Ratifizierung des Paktes in der jetzigen Form ab.

Die Bundeskanzlerin verteidigte in Paris ihre Unterstützung für Sarkozy. Er gehöre der gleichen Parteienfamilie an und es sei üblich, dass sich die befreundeten Parteienfamilien unterstützten. Sie verweigerte Auskunft darüber, ob sie Hollande im Kanzleramt empfangen will. „Das wird man sehen", sagte sie. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2; siehe auch Seite 3 sowie Wirtschaft, Seiten 9 und 10.)*

Amerika schließt Botschaft in Syrien

EU kündigt schärfere Sanktionen an / Arabische Liga kritisiert Russland und China

F.A.Z. FRANKFURT, 6. Februar. Europäer und Amerikaner wollen nach dem Scheitern einer Syrien-Resolution im UN-Sicherheitsrat auf anderen Wegen den Druck auf das Regime in Damaskus erhöhen. Frankreich und Deutschland forderten die Einrichtung einer Kontaktgruppe der Freunde eines demokratischen Syriens. Beide Länder würden „nicht nachlassen in allen Bemühungen, dem syrischen Volk zu helfen und das zu verurteilen, was dort stattfindet", sagte Bundeskanzlerin Merkel am Montag in Paris. Sie forderte den syrischen Präsidenten Baschar al Assad eindringlich zum sofortigen Rücktritt auf. Die Europäische Union will nach Angaben von Diplomaten die Sanktionen gegen das Assad-Regime verschärfen. Die Bundeskanzlerin bezeichnete insbesondere die russische Haltung als „kurzsichtig". Gerade Russland, das mit China durch sein Veto die Resolution verhindert hatte, müsse sich fragen, ob es wirklich getrennt von der Arabischen Liga Politik machen wolle. Moskau und Peking hätten nun die Verantwortung dafür, dass das Blutvergießen weitergehen könne, sagte ein Regierungssprecher in Berlin.

Die Vereinigten Staaten schlossen am Montag ihre Botschaft in Damaskus und zogen alle Beschäftigten ab. Das syrische Regime sei nicht auf die Sicherheitsbedenken der Diplomaten eingegangen, hieß es. Großbritannien rief nach Angaben von Außenminister William Hague seinen Botschafter in Syrien „zu Konsultationen" zurück.

Auch aus den arabischen Staaten wurde scharfe Kritik an Damaskus und dem Verhalten Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat laut. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Nabil al Arabi, verurteilte die jüngste Offensive in der syrischen Stadt Homs, die auch am Montag fortgesetzt wurde. „Die syrischen Truppen setzen schwere Waffen gegen Zivilisten ein", sagte er. Das saudische Kabinett warnte nach seiner wöchentlichen Sitzung in Riad in einer schriftlichen Erklärung, dass in Syrien eine „humanitäre Katastrophe" drohe. Es forderte die Staatengemeinschaft auf, Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen. Die Außenminister des Golfkooperationsrats würden „nach dem Scheitern der Vereinten Nationen" noch in dieser Woche über Syrien beraten, sagte der omanische Außenminister Yusuf Bin Alawi. *(Fortsetzung Seite 2.)*

Nehmerländer lehnen „Schulden-Soli" strikt ab

mas. BERLIN, 6. Februar. Der „Schulden-Soli", den Bayerns Wirtschaftsminister Zeil (FDP) vorgeschlagen hat, stößt auf Vorbehalte. Schleswig-Holsteins Finanzminister Wiegard (CDU) sagte: „Ich empfehle den bayrischen Kabinettsmitgliedern: erst denken, dann reden." Berlins Finanzsenator Nußbaum (parteilos) wies darauf hin, dass es schon Sanktionen für Haushaltssünder gibt. Zeil hatte vorgeschlagen, dass Länder, die zu viele Schulden machten, für ihre Bürger einen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer erheben sollten. *(Siehe Wirtschaft, Seite 11; Kommentar Seite 8.)*

Ministerpräsident Rumäniens tritt zurück

kps. RIJEKA, 6. Februar. Der rumänische Ministerpräsident Emil Boc ist am Montag zurückgetreten. Er wolle damit zur „Entspannung der politischen und sozialen Lage" beitragen, sagte Boc. Mit seinem Rücktritt reagiert er auf die seit Wochen stattfindenden Demonstrationen gegen den Sparkurs seiner Regierung. Bei den Parlamentswahlen im Herbst droht der Regierungspartei PDL eine schwere Niederlage. Mit der Fortführung der Amtsgeschäfte betraute der rumänische Präsident Traian Basescu den parteilosen Justizminister Catalin Predoiu. *(Siehe Seite 5; Kommentar Seite 8.)*

Radprofi Contador für zwei Jahre gesperrt

F.A.Z. FRANKFURT, 6. Februar. Der spanische Radprofi Alberto Contador ist vom Internationalen Sportgerichtshof für zwei Jahre gesperrt worden, davon anderthalb Jahre rückwirkend. Contador darf vom 5. August an wieder fahren. Zudem wurde ihm unter anderem der Sieg bei der Tour de France 2010 aberkannt. Das Richtergremium erkannte eine Dopingabsicht bei Contador, der bei der Frankreich-Rundfahrt 2010 der Einnahme des Kälbermastmittels Clenbuterol überführt worden war. Contador bestritt Doping stets. Er verpasst nun die Tour 2012 und die Olympischen Spiele. (*Siehe Sport.*)

Zum Schutz der deutschen Muslime

Von Georg Paul Hefty

Das Grundgesetz und die Zehn Gebote unterscheiden sich fundamental. Ersteres ist Menschenwerk und steht demokratischen Mehrheiten – bedingt – zu Veränderungen offen. Die Bedingungen sind streng und entgegenkommend zugleich. Streng ist die Auflage, dass zur Änderung des Grundgesetzes jeweils eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat nötig ist. Noch strenger wirkt die Auflage der „Ewigkeitsgarantie" für die Gliederung des Bundes in Länder und für die „in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze". Merkwürdig schutzlos aber wird das Grundgesetz durch seinen Schlussartikel 146, der es erlaubt, die gegenwärtige Verfassung durch eine neue zu ersetzen mit der einzigen Bedingung, dass das neue Grundgesetz „vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist" – eine Zweidrittelmehrheit wird nicht gefordert und nicht einmal festgelegt, ob es die einfache Mehrheit des Volkes sein muss oder ob die der Volksvertretung(en) ausreicht.

Demgegenüber sind die als Gabe Gottes beschriebenen Zehn Gebote unveränderlich und allenfalls einer veränderten Deutung ausgesetzt. Damit ähnelt der Dekalog dem anderen gottgegebenen Gesetzeswerk, der Scharia im Islam, nicht aber dem Grundgesetz. Das Grundgesetz ist von seiner Anlage her demokratisch, die beiden anderen Gesetzeswerke sind es ihrem Ursprung oder ihrer Ableitung nach nicht. So wie das Grundgesetz nicht Teile der staatlichen Rechtsausübung und Rechtssprechung den Zehn Geboten überantworten, sondern allenfalls den Geist der Zehn Gebote in veränderliches staatliches Recht übernehmen darf, so kann es auch nicht hinnehmen, dass im Ganzen oder auf einzelnen Feldern des Rechtsalltags die Scharia unmittelbar wirkendes Recht wird. Deshalb ist die Idee eines gewiss nicht allein stehenden sozialdemokratischen Justizministers, für Muslime in Einzelfällen prinzipiell die Scharia zur Geltung zu bringen, abwegig. Diese Idee stärkt nicht die Religionsfreiheit, sondern schränkt sie ein.

Unter den muslimischen Migranten der verschiedenen Generationen gibt es in Deutschland und in der EU mindestens drei Gruppierungen. Die einen sind aus rein wirtschaftlichen und sozialen Gründen hierher gekommen, sie haben ihren Glauben mitgebracht und leben ihn je nach persönlicher Entwicklung und äußeren Umständen. Eine zweite Gruppierung kam mit dem festen Entschluss, ihren Glauben in neuer Umgebung zur Geltung zu bringen und die Möglichkeiten dazu offensiv zu erweitern. Eine dritte Gruppierung aber kam gerade deswegen, um sich dem kollektiven Religionsleben in der Heimat und der Beherrschung des Alltags durch religiöse Regelungen zu entziehen. Welche Gruppierungen wie groß sind, mag Zweifeln unterliegen, eindeutig aber ist es ein Menschenrecht, von der regional oder familiär tradierten Religion Abstand zu nehmen. Auch das gehört zu den Freiheitsrechten und ist historisch der stärkste Grund für die Existenz des demokratischen Rechtsstaats.

Dies ist zugleich die höchste Schwelle gegen die Zulassung der Scharia in Streitfragen unter Muslimen in Deutschland und in der EU. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar in allgemein verbindlichen Urteilen die Berücksichtigung einzelner Vorschriften der Scharia, wie etwa das Schächten, verfügt. Dies geschah jedoch im Konflikt zwischen Staat und Individuum, nicht zwischen Einzelpersonen.

Eine Zulassung der Scharia in individuellen Streitfragen wäre von anderer Qualität. Sie würde Muslime gleich welcher Glaubenstiefe der Scharia unterwerfen, sobald die Gegenpartei auf der Anwendung dieses Rechts bestünde. Gerade im Streitfall sich einem dogmatischen Gläubigen gegenüber als nicht mehr glaubenstreu zu offenbaren – das wäre dann die Voraussetzung, um die Anwendung der Scharia zurückzuweisen und staatliche Gerichte anzurufen – erzeugt eine hochbrisante Situation, in die von Staats wegen niemand gebracht werden darf.

> In Einzelfällen die Scharia gelten zu lassen, stärkt die Religionsfreiheit nicht. Es schränkt sie ein.

Auch würde der Staat des Grundgesetzes bei Zulassung der Scharia in persönlichen Konflikten, etwa in Ehe- und Erziehungsfragen, seine eigenen Staatsbürger muslimischen Glaubens dem Willen fremder Rechtsgelehrter und sogar Religionsrichtern überantworten, die ihre Einbürgerung grundsätzlich ablehnen. Gerade Frauen ethnisch und kulturell deutscher Herkunft hätten es schwer, sich des Druckes zu erwehren, wenn der Ehemann oder dessen Familie verlangen, die Scharia anzuwenden und die ordentliche Gerichtsbarkeit auszuklammern. Die Zulassung der Scharia, deren Anwendung in Einzelfällen unkontrollierbar würde, widerspricht dem Schutz der deutschen Muslime und der Integration des Islam als persönliches Glaubensbekenntnis in Europa.

Manche religiös unerfahrene Politiker sehen in der Zulassung der Anwendung der Scharia kein Problem, da ja auch zum Beispiel das katholische Kirchenrecht zugelassen sei. Doch da wird Unterschiedlichstes gleichgesetzt. Jeder Katholik kann sich dem Kirchenrecht durch Austritt oder einfaches Fernbleiben entziehen. Auch wird die Kirchengerichtsbarkeit – mit der freiwilligen Ausnahme der Ehescheidung – nicht in privaten Streitigkeiten angerufen. Vor allem aber kennt das Kirchenrecht – im Gegensatz zur Scharia – keine körperlichen Strafen für gewöhnliche Gläubige.

Briefe an die Herausgeber	15	Zeitgeschehen	8	Netzwirtschaft	15	Sport	25
Technik und Motor	T 1	Wirtschaft	9	Wetter	16	Feuilleton	27
Impressum	4	Unternehmen	12	Finanzmarkt	17	Medien	31
Deutschland und die Welt	7	Menschen und Wirtschaft	x	Kurse	20	Fernsehen und Hörfunk	32

4 190295 402101 20006

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft

STREIFZÜGE

Passau

Hallo ist grußlig

Schade, dass Markus Söder, der bayerische Finanzminister, nicht mehr zur Schule geht – zumindest in Passau könnte er reüssieren, obwohl die Stadt in Niederbayern liegt und Söder Franke ist. „Guten Morgen, grüß Gott", sagte Söder am Montag zu einer Moderatorin des Deutschlandfunks, die ihn zur griechischen Schuldenkrise befragte; der CSU-Politiker hielt sich damit exakt an die Empfehlung von Petra Seibert, der Rektorin der Mittelschule St. Nikolai in Passau. Die Pädagogin hat ihren Schülern nahegelegt, statt „Hallo" und „Tschüss" lieber „Grüß Gott" und „Auf Wiedersehen" zu gebrauchen; wer wolle, könne „Grüß Gott" auch durch ein „Guten Morgen" ersetzen.

Alle, die mit Argusaugen verfolgen, dass zu Söders Hauptbeschäftigungen gegenwärtig das Wettern gegen den Länderfinanzausgleich gehört, werden aufhorchen, dass er die Passauer Schulbegrüßung „Guten Morgen, grüß Gott" praktiziert. Den Preußen, um diesen Sammelbegriff zu gebrauchen, ein fideles Leben finanzieren und nach Ablieferung des Geldes mit einem „Tschüss" heimgeschickt zu werden: Das könnte die bayerische Volksseele so erregen, dass sie die Grüß-Gott-Partei CSU wieder schätzen lernt. Wer mit der Rektorin Seibert spricht, erlebt freilich keine Vorkämpferin für die bayerische Mundart, die ein „Guten Tag" als Finis Bavariae empfindet. Sie will ihren Schülern nur den Weg ins Leben erleichtern, der mitunter beschwerlich sein kann, wenn einem möglichen Arbeitgeber ein „Hallo" entgegengeschmettert und das Vorstellungsgespräch mit „Tschüss" beendet wird. Ihr geht es um eine Erziehung zur Höflichkeit, zu der für sie auch Grußformeln gehören, die Respekt ausdrücken. Der Gebrauch des bayerischen Dialekts ist dabei keine Pflicht, obwohl er in seiner Geschmeidigkeit gerade bei einem schlechten Namensgedächtnis weiter hilft: „Grüß Sie Gott" – persönlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen.

Rektorin Seibert Foto dapd

An den Passauer Schulen werden keine sprachlichen Separatisten ausgebildet – der Bayer liebt schließlich fremdsprachliche Anleihen, wie schon das joviale „Servus" zeigt. „Servus" ist allerdings nicht in allen Lebenslagen empfehlenswert, etwa während einer Audienz beim Papst, auch wenn es ein bayerischer Papst ist, der Latein liebt.

ALBERT SCHÄFFER

Heute

Pause für Gorleben
Der neue niedersächsische Umweltminister Birkner hat vorgeschlagen, die Erkundung des Salzstocks, der als Endlager für hochradioaktiven Müll vorgesehen war, von September an auszusetzen. **Politik, Seite 4**

Parlament von Bahia umstellt
Soldaten wollen streikende Militärpolizisten im Regionalparlament des brasilianischen Bundesstaates zum Aufgeben bringen. Mit dem Ausstand hat die Gewalt im Großraum Salvador zugenommen. **Politik, Seite 6**

Ans Bett gefesselt
Alte Menschen werden in Heimen oft fixiert – zum eigenen Schutz, aber bisweilen mit tödlichen Folgen. Eine Initiative will die Fesseln sprengen und sucht nach neuen Wegen. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Meldungen aus der Kälte
Auf Mallorca liegt Schnee, das Thermometer hat mit der Anzeige von minus 5,7 Grad seinen Namen kaum mehr verdient. Auf Usedom ist es noch einmal 24 Grad frischer. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Alte Herrscher
In Saudi-Arabien regieren Greise das Land, während die Bevölkerung immer jünger wird. Auf Dauer kann das nicht ohne Auswirkungen bleiben. Es gibt erste, kleine Veränderungen. **Zeitgeschehen, Seite 8**

An der Reihe
Politische und persönliche Höhen und Tiefen hat Sauli Niinistö schon in großer Zahl erlebt. Nun ist er Finnlands erster konservativer Staatspräsident seit Menschengedenken. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Fortsetzung von Seite 1

Assads Truppen setzen Beschuss von Homs fort

Ungeachtet des Drucks aus dem Ausland setzten die Truppen Assads ihre Angriffe gegen die Stadt Homs auch am Montag fort. Dabei wurden im Stadtteil Baba Amr abermals Wohnhäuser von Zivilisten und auch ein Feldlazarett zerstört. Aktivisten berichteten von Einschlägen im Zwei-Minuten-Takt. Zunächst war am Montagnachmittag von mindestens 36 Todesopfern in Homs die Rede. Im ganzen Land sind nach Angaben von Aktivisten am Montag mindestens 46 Menschen getötet worden. Die oppositionellen Koordinierungskomitees gaben an, dass seit dem Beginn des Aufstands am 15. März mindestens 7339 Menschen getötet worden seien.

Bilder, die von arabischen Nachrichtensendern ausgestrahlt wurden, zeigten dichte Rauchwolken über Homs. Das Regime in Damaskus wies die Verantwortung für den Beschuss der Stadt zurück. Es handle sich um einen Angriff „bewaffneter terroristischer Gruppen", die Zivilisten und Polizisten töteten, gaben staatliche Medien bekannt. Daher komme es zu Zusammenstößen der regulären Arme mit „Terroristen". Nach der Darstellung der staatlichen Medien wurden in der Provinz Idlib drei Soldaten getötet und weitere verschleppt sowie nahe Homs eine Gasleitung durch Sabotage beschädigt. Das „Syrische Observatorium für Menschenrechte" in London berichtete, dass Deserteure in Idlib einen Kontrollposten der Armee zerstört und dabei drei Soldaten getötet hätten.

Gegen Assad: *Proteste in Idlib* Foto dapd

Die Türkei warnte das Regime in Damaskus davor, das Scheitern der Syrien-Resolution als Freibrief zu betrachten. Einen Einsatz der türkischen Armee zum Schutz der Demonstranten im Nachbarland Syrien schließt Ankara jedoch aus. „Wir werden alles unternehmen", zitierte die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Montag den stellvertretenden Ministerpräsidenten Bülent Arinc. Eine militärische Intervention sei für die Türkei aber keine Option. Staatspräsident Abdullah Gül sagte, sein Land bedauere das Scheitern der Syrien-Resolution.

Der russische Außenminister Lawrow, der an diesem Dienstag in Damaskus erwartet wurde, sagte indes, einige Reaktionen auf das Veto im Sicherheitsrat seien an der „Grenze der Hysterie". China wies die Kritik an seinem Veto im UN-Sicherheitsrat mit dem Hinweis zurück, die Resolution sei dort eingebracht worden, bevor alle Beteiligten eine Einigung erreicht hätten. So ein Vorgehen sei der Einheit und Autorität des Sicherheitsrates nicht dienlich, sagte am Montag ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Weder schütze China jemanden, noch sei es absichtlich gegen jemanden, China halte die Gerechtigkeit aufrecht und handle verantwortlich. China unterstütze Dialog, mit dem Ziel die Gewalt zu beenden und den Wunsch des syrischen Volks nach politischen Reformen zu erfüllen. Die Stellungnahme des Außenministeriums war etwas zurückhaltender als Kommentare in den offiziellen Medien, die am Montag Chinas Position noch schärfer vertreten hatten. Die „Volkszeitung" kritisierte die Resolution als einseitig.

Bedingungslose Unterstützung

Bundeskanzlerin Merkel erheitert ihr Kabinett / Von Michaela Wiegel

PARIS, 6. Februar. Gewisse Unterschiede lächelt die Bundeskanzlerin inzwischen weg. Als sie am Montag an der Seite des französischen Staatspräsidenten in den prachtvollen Festsaal des Elysée-Palastes tritt, stehen die französischen Minister voller Ehrerbietung stramm. Den deutschen Regierungsmitgliedern ergeht es wie seltenen Kirchgängern beim Glaubensbekenntnis. Sie erheben sich erst, als der feierliche Moment fast schon verstrichen ist. Angela Merkel quittiert es mit einem süffisanten Lächeln, als könne sie Gefallen an der republikanischen Ehrkultur finden.

Überhaupt wirkt die Bundeskanzlerin viel gelöster als bei vorangegangenen Treffen im Palast des französischen Präsidenten am Faubourg Saint-Honoré. „Ich unterstütze Nicolas Sarkozy in jeder Façon", sagt die Kanzlerin, „egal, was er tut!" Jetzt grinsen die deutschen Regierungsmitglieder, besonders Außenminister Guido Westerwelle, der über die allzu deutliche Wahlkampfhilfe für den unerklärten Präsidentschaftskandidaten gemäkelt hatte. Das gemeinsame Fernsehgespräch im ZDF und im französischen Staatskanal France 2 will die Bundeskanzlerin nicht als Wahlkampfeinsatz verstanden wissen. Da sich Europa in einer der schwierigsten Situationen seit mehreren Jahrzehnten befinde, sei es normal, dass sich der Staatspräsident und die Bundeskanzlerin zur Krise äußerten, sagte Frau Merkel. Sie erinnerte an ein gemeinsames Fernsehgespräch ihres Vorgängers im Bundeskanzleramt, Gerhard Schröder, mit dem früheren Präsidenten Jacques Chirac im Jahr 2002. Dennoch hakt eine französische Journalistin nach, sie will wissen, warum die Bundeskanzlerin den Kandidaten Sarkozy unterstützt. „Pardon, kündigen Sie jetzt meine Kandidatur an?", fragt Sarkozy mit gespieltem Erstaunen. Der Präsident hat seinen Landsleuten noch nicht gesagt, ob er sich im April und Mai um eine zweite Amtszeit bewerben will. Deshalb weist er jetzt darauf hin, dass „unsere Länder wichtiger sind als unsere Personen".

„Egal, was er tut": *Merkel und Sarkozy am Montag in Paris.* Foto AFP

Dann hebt der Präsident zu einer Lobeshymne auf die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland, zwischen ihm und der Bundeskanzlerin an. „Ich bin glücklich und stolz, dass wir, nach allem, was zwischen unseren Ländern geschehen ist, Freunde und Verbündete sind, dass wir uns immer besser verstehen", sagt Sarkozy. Er wolle nicht verbergen, dass er Angela Merkel „bewundert", die ein Land regiere, das „enorme wirtschaftliche Erfolge" aufzuweisen habe. „Der deutsche Erfolg soll uns inspirieren", sagt der Präsident. Im Fernsehgespräch fügt Sarkozy später hinzu, er wolle nicht Deutschland kopieren – „wir sind unterschiedlich." Und die Kanzlerin sagt: „Es war uns nicht in die Wiege gelegt, dass wir freundschaftlich zusammenarbeiten."

Deutschland–Frankreich, eine Vernunftbeziehung

Die Sehnsucht nach dem Nachbarn bildet nicht die Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen. Vielmehr sieht eine Mehrheit der Deutschen und Franzosen in der Zusammenarbeit eine Vernunftbeziehung, die von wirtschaftlichen Sachzwängen bestimmt wird. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung des Umfrageinstituts Seprem, das für die Zeitschrift „Paris Berlin" tausend Deutsche und tausend Franzosen befragt hat. Als „Barometer der deutsch-französischen Beziehungen" soll die Umfrage in regelmäßigen Abständen wiederholt werden.

Die Wahrnehmung der deutsch-französischen Beziehungen unterscheidet sich in beiden Ländern stark. In Deutschland glauben 43 Prozent der Befragten, dass sie sich im vergangenen Jahr verbessert haben, in Frankreich sind es nur 28 Prozent. 15,8 Prozent der Franzosen glauben, dass sich das Verhältnis verschlechtert hat, in Deutschland sind es nur 7,5 Prozent. In beiden Ländern geben vor allem Pensionäre und Rentner an, dass die Beziehungen besonders gut sind. Zu einem ähnlichen Ergebnis war schon eine von der deutschen Botschaft in Paris in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop gekommen. Franzosen, die älter als 50 Jahre sind, haben ein weitaus positiveres Deutschlandbild als ihre jüngeren Landsleute.

Das Interesse der deutschen Befragten am Geschehen in Frankreich ist dabei höher als das Interesse der Franzosen für das in Deutschland, hat „Paris Berlin" ermittelt. Allgemein ist es bei Männern höher als bei Frauen. Das Interesse nimmt mit steigendem Alter zu: Es liegt bei 50 Prozent bei den unter 35 Jahre alten Franzosen (61 Prozent bei den gleichaltrigen Deutschen) und erreicht 72 Prozent bei den Franzosen ab 55 Jahren (61 Prozent bei den Deutschen). Die Deutschen fühlen sich Frankreich nicht näher als den skandinavischen oder „anderen europäischen Ländern", während ein Viertel der Franzosen angibt, sich Deutschland am nächsten zu fühlen. Die gefühlte Nähe zu Frankreich beziehungsweise Deutschland ist bei den ältesten Befragten und bei Ärzten, Beamten und leitenden Angestellten am stärksten. Das Erlernen der Sprache des Nachbarn empfindet nur ein sehr kleiner Teil der befragten Deutschen (1,8 Prozent) wie Franzosen (2,1 Prozent) als notwendig. Von den Franzosen wird Deutschland sehr viel mehr als Vorbild wahrgenommen als umgekehrt. Ein „französisches Modell" nehmen die Deutschen nur bei der „Lebensart" wahr. (mic.)

Kleine Hilfen unter Freunden

Während Bundeskanzlerin Merkel im französischen Wahlkampf Partei ergreift, hält sich die SPD zurück.

Von Majid Sattar

BERLIN, 6. Februar. Es ist noch keine zwei Jahre her, da konnten manchem Mitglied der Bundesregierung schon mal die Gesichtszüge entgleiten, wenn die Frage gestellt wurde, ob Berlin sich um die deutsch-französischen Beziehungen sorge: Wie werde es um das Verhältnis Angela Merkels und Nicolas Sarkozys bestellt sein, wenn Letzterer 2012 um seine Wiederwahl bangen müsse? Mitten in der Euro-Schuldenkrise kann der Bundesregierung nun zumindest diese Sorge genommen werden. Zwar muss der Präsident nun bangen, die Kanzlerin aber – genauer gesagt: die CDU-Vorsitzende – macht nun sogar Wahlkampf für den Franzosen. Es passt in die unübersichtlichen Verhältnisse der Berliner Republik, dass sie dafür von der FDP gescholten, von der SPD indes – zumindest vordergründig – gelobt wird.

Beide, Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments und Mitglied des SPD-Vorstands, treffen mit ihren Argumenten für und wider „Merkozy" indes nicht den Punkt. Während Westerwelle, ganz Chefdiplomat, hervorhebt, die Bundesregierung sei nicht Partei im französischen Wahlkampf, will Schulz, der überzeugte Integrationist, der Sache abgewinnen, dass sie ein richtiger Schritt zu einer „sichtbaren europäischen Innenpolitik" sei. Frau Merkel suchte das Ganze als Normalität abzutun, als sie am Montag in Paris sagte, es sei in Europa „üblich", dass sich befreundete Parteien gegenseitig unterstützten. Mag sein, dass sie und Sarkozy ihre atmosphärischen Schwierigkeiten überwunden haben. Sicher ist auch, dass Frau Merkel eine zweite Amtszeit Sarkozys lieber ist als eine des Sozialisten François Hollande. Doch warum sollte die Kanzlerin, deren Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten Barack Obama bis heute getrübt ist, auch weil dieser sich von ihr in seinem Wahlkampf 2008 schlecht behandelt fühlte, nun die Beziehungen zum neben Amerika engsten Partner gefährden? Weil es so üblich ist in der europäischen Parteienfamilie?

Angela Merkel, die offenbar begriffen hat, dass ihr politisches Vermächtnis dereinst von ihrem europäischen Krisenmanagement bestimmt werden wird, braucht Sarkozy – und zwar nicht erst nach den Wahlen in Frankreich im Frühjahr, sondern in diesen Tagen, wenn es um eine härtere Gangart gegenüber Griechenland geht, um die Banken-Rekapitalisierung und um weiteres mehr. Derlei Erwägungen dürften eine Rolle gespielt haben, als die Anfrage aus Paris das Kanzleramt erreichte. Tauschgeschäfte dieser Art müssen nicht explizit ausgesprochen werden.

Und wenn trotz oder wegen des Engagements der Kanzlerin für Sarkozy Hollande gewählt werden sollte? Womöglich könnte dieser es sich dann gar nicht leisten, lange zu schmollen. Berlin könnte auf die antideutschen Töne der französischen Sozialisten verweisen – so gesehen wäre man quitt. Martin Schulz sagte am Montag in Berlin, Frau Merkel werde so klug sein, „sich in absehbarer Zeit in Berlin" mit Hollande zu treffen – und fügte spöttisch an, er sei im übrigen gespannt zu sehen, wie die Kanzlerin und „Sarko", wie er sagte, etwa beim Thema Finanzmarktsteuer gemeinsam Wahlkampf machen wollten. Er, Schulz, wiederum mache aus seiner Wertschätzung für Hollande kein Geheimnis.

Tatsächlich ist es aber mit der Wertschätzung für den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten unter den Sozialdemokraten nicht weit her. Zwar wurde Hollande im Dezember vergangenen Jahres auf dem SPD-Parteitag freundlich empfangen. Doch hatte sich dieser in Berlin auch mit Warnungen vor deutscher Dominanz in Europa zurückgehalten und lediglich gesagt, die Freundschaft mit Berlin, die er anstrebe, beruhe auf Respekt und Gleichheit, nicht auf Zwang. Bei einem Abendessen hatten zuvor Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Schulz Hollande zu verstehen gegeben, dass sie antideutsche Töne jenseits des Rheins mit Sorge vernähmen. Auch betrachten einige SPD-Obere das krisenunbekümmerte Verteilungsprogramm des Sozialisten und seine Äußerungen, über den Fiskalpakt nachverhandeln zu wollen, mit Skepsis.

Freilich gehen die Sorgen in der deutschen Schwesterpartei nicht so weit, dass man insgeheim auf eine Wiederwahl Sarkozys setzt. Denn auch die Sozialdemokraten erinnern sich gut an die Erfahrungen des ersten sozialistischen Präsidenten der V. Republik: Nach 1981 haben die Märkte François Mitterrand drei Jahre Zeit gegeben, in der Realität anzukommen. Hollande würde wohl mit drei Monaten auskommen müssen.

Fortsetzung von Seite 1

„Athen muss endlich handeln"

Bei dem deutsch-französischen Ministerrat wurde auch ein Grünbuch zur Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung in Frankreich und Deutschland vorgelegt. Merkel sagte, der 1963 unterzeichnete Freundschaftsvertrag habe sich historisch bewährt und werde „mehr und mehr mit Leben ausgefüllt".

In Griechenland, wo Ministerpräsident Lukas Papademos an diesem Dienstag mit den Chefs der drei seine Regierung stützenden Parteien eine Einigung über neue Sparmaßnahmen erreichen will, riefen die Dachverbände der Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Der Streik richte sich gegen den „Sturm neuer Maßnahmen" der Athener Regierung sowie der Troika aus EU, EZB und IWF, sagten Gewerkschaftsführer. Die Einschnitte „verschlimmern den Teufelskreis der Rezession", hieß es in einer Mitteilung des Gewerkschaftsverbands Adedy, der Papademos starken Widerstand ankündigte. Der Generalstreik sei nur der Beginn eines „neuen Kampfes", der „eskalieren" werde.

In Berlin warnte die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles derweil vor einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Ein Ausschluss des Landes aus dem Euro-Verbund sei politisch der falsche Schritt und ein „unheilvoller Einstieg in die Logik der Entsolidarisierung in Europa", sagte sie. Es sei zu befürchten, dass ein „Rausboxen" Griechenlands aus der Eurozone einen Wettlauf auf den Märkten gegen andere schwache Länder verursachen würde. Frau Nahles forderte die Bundeskanzlerin auf, die griechischen Konservativen dazu zubewegen, die Reformen nicht weiter zu blockieren. Der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU) hingegen äußerte im Deutschlandfunk für den Fall, dass Griechenland nicht zu Reformen in der Lage sei: „Dann wird es am Ende eben einen entsprechenden Bankrott Griechenlands geben müssen." FDP-Generalsekretär Patrick Döring sagte, eine Insolvenz Griechenlands komme wegen der unabsehbaren Folgen für den Euro-Raum nur als letztes Mittel in Frage.

STIMMEN DER ANDEREN

Moskau und Peking isoliert
Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro" schreibt zum Veto Russlands und Chinas gegen eine Syrien-Resolution im UN-Sicherheitsrat:

„Ein Veto im UN-Sicherheitsrat, diese Waffe der letzten Instanz, ist ein zweischneidiges Schwert. In diesem Fall unterstreicht sie die Isolation Russlands und Chinas: Die 13 übrigen Sicherheitsrats-Mitglieder, auch Indien und Südafrika, die sonst durchaus für russische und chinesische Argumente empfänglich sind, haben für die Entschließung gestimmt, die auf der Grundlage des Plans der Arabischen Liga ausgearbeitet wurde. Moskau und Peking haben die Solidarität durchbrochen, die sich zwischen den Schwellenländern abzeichnete. Damit setzen sie sich dem Vorwurf aus, die Verteidigung autoritärer Regimes wichtiger zu nehmen als die Bestrebung der Bevölkerungen nach Freiheit."

Der russische Standpunkt
Die Tageszeitung „Aftenposten" (Oslo) befasst sich vor allem mit dem russischen Veto:

„Von anderen Revolutionen, auch in Europa, wissen wir, dass kurzfristige Augenblicksschilderungen blutiger Begebenheiten gefälscht oder inszeniert sein können. Man weiß auch nur zu gut, dass Fotos oder Filme keineswegs immer ehrliche Zeugen sind. Es gibt aber einen großen Unterschied zwischen dem Mangel an vollständigem Wissen und dem, was Russland als Standpunkt zu Syrien einnimmt. Russlands Blick ist ungefähr der gleiche wie der des syrischen Präsidenten ... Dabei kann kein Zweifel bestehen, dass die Bevölkerung dort schwer unter einem gewalttätigen Regime zu leiden hat."

Eine Übung in Scheinheiligkeit
Auch die Tageszeitung „The Times" (London) empört sich über das Vorgehen Russlands und Chinas:

„Das Veto Russlands und Chinas im Sicherheitsrat gegen eine Resolution, die die Massaker in Syrien verurteilt, ist eine Übung in ungeheurer Scheinheiligkeit. Beide Länder handelten aus einer reflexartigen antiwestlichen Haltung heraus. Es war ihnen wichtiger, ihre Eigeninteressen und die ihrer Klienten zu schützen, als ihre globale Verantwortung zur Beendigung der Gewalt und Wahrung des Friedens auszuüben. Die Vetos sind die schwerste Konfrontation zwischen Ost und West seit Ende des Kalten Krieges. Doch kein Veto wird letztlich das Regime Assads vor dem Zorn einer Nation schützen, die so erniedrigt und derart brutal behandelt wurde."

Wie das Ansehen des Kremls schwindet
Die Pariser Tageszeitung „La Croix" sieht es so:

„Das Ansehen der russischen Regierung schwindet in Europa und in der arabischen Welt zusehends. Der Kreml hat den Text der Syrien-Entschließung, über die der UN-Sicherheitsrat abstimmen sollte, als unausgeglichen bezeichnet. Russland will die syrischen Oppositionellen als Hauptverantwortliche der Unruhen erscheinen lassen. Vor allem sollten die Vereinten Nationen nach Ansicht Russlands keinem Land vorschreiben dürfen, wie es eine interne Krise regeln sollte. In einer Demokratie im Sinne Wladimir Putins, ob im Ausland oder in Russland, soll die Bevölkerung die Regierenden legitimieren, sie aber nicht auswählen. Die russischen Wähler könnten Putin am 4. März einen heilsamen Strich durch diese Rechnung machen."

Ein Zusammenprall der Werte
Die „Neue Zürcher Zeitung" beschäftigt sich mit der Münchner Sicherheitskonferenz:

„Wie im Brennglas zeigt die amerikanisch-russische Konfrontation auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine der großen Bruchlinien der internationalen Politik auf. Hier prallt die klassische Kabinettspolitik des 18. und 19. Jahrhunderts auf eine moderne Außenpolitik für eine globalisierte Welt. Auf der einen Seite befinden sich Mächte wie Russland und China, die den althergebrachten Grundsätzen des Wiener Kongresses und des Gleichgewichts der Großen folgen. Auf der anderen Seite stehen Länder, die bei aller Realpolitik Prinzipien wie Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte nicht außer acht lassen. Zu diesem Lager gehören die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten."

Man darf den Griechen nicht die Luft abdrücken
Zur Finanzkrise in Griechenland meint die Tageszeitung „El Periódico de Catalunya" (Barcelona):

„Die Politik des Sparens um jeden Preis, die der EU von der deutsch-französischen Achse auferlegt wurde, hat ein kleines Land wie Griechenland in eine unerträgliche Lage gebracht. In manchen Bevölkerungskreisen besteht sogar die Gefahr der Unterernährung von Kindern. Es hilft nicht, daran zu erinnern, dass die griechische Rechte die Bilanzen fälschte und die Linke untätig blieb. Vielmehr geht es darum, die Lasten gerecht zu verteilen und zu verhindern, dass die EU in anderen Ländern der Peripherie ebenso vorgeht wie in Griechenland. Man kann den Euro nicht retten, indem man denen, die am Ersticken sind, ganz die Luft abdrückt."

Armut in der Partyhauptstadt
Im Berliner „Tagesspiegel" lesen wir zur Debatte über Armut in der Bundeshauptstadt:

„Dass die deutsche Partyhauptstadt die Kapitale der Kinderarmut ist, wirft kein gutes Licht auf das ein Jahrzehnt lang sozialdemokratisch geführte Bundesland. Ein sozialdemokratischer Finanzsenator war es, der das Budget für die Hilfen zur Erziehung drastisch kürzte. Und ein sozialdemokratischer Innensenator hat den Einstellungsstopp durchgesetzt, der die Jugendämter personell ausgetrocknet hat. Gewiss, in einem überschuldeten Stadtstaat dürfen Einschnitte im Sozialbudget kein Tabu sein. Im Gegenzug muss aber eine gemeinsame Strategie von Land und Bezirken im Umgang mit der Armut erkennbar sein."

Mit Linksruck gegen Merkel?
Der „Kölner Stadt-Anzeiger" bemerkt zu innerparteilichen Forderungen der SPD-Linken:

„Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Aussetzung der Rente mit 67 – das sind im Sinne der SPD-Linken schöne innerparteiliche Forderungserfolge gewesen. Wäre es da im Sinne der einheitlichen Schlagkraft der Partei nicht vernünftig, in anderen Fragen erst einmal Ruhe zu geben, etwa wenn es um die Beibehaltung des heutigen Rentenniveaus geht? Nicht einmal die günstigste Meinungsumfrage sieht die größte Oppositionspartei aktuell über der Marke von dreißig Prozent, geschweige denn vor der Union. CDU-Kanzlerin Angela Merkels anhaltende bis steigende Popularität macht Sigmar Gabriel und Co. ratlos. Und da soll die Partei nun ihr Heil in einer scharfen Linksprofilierung suchen?

Im Gespräch: Albrecht Ritschl, Wirtschaftshistoriker an der London School of Economics

„Wie Reichskanzler Brüning in der Weimarer Republik“

Griechenlands Ministerpräsident Papademos ist in einer ähnlichen Lage wie damals Brüning, sagt der Historiker Ritschl. Haushaltsdisziplin war unpopulär – und rief Extremisten auf den Plan.

Herr Professor Ritschl, im Moment wird darüber diskutiert, ob man Griechenland einer stärkeren Kontrolle von außen unterwirft, damit das Land seine Sparziele erreicht. Gibt es damit Erfahrungen in der Geschichte?

Im späten 19. Jahrhundert kam es durchaus vor, dass die Gläubiger „Sparkommissare“ in die Schuldenstaaten entsandt haben, um die Rückzahlung ihrer Forderungen zu überwachen. Griechenland selbst ist dafür ein gutes Beispiel. In der Geschichte gab es vier bis fünf Schuldenausfälle, das Land ist sozusagen ein Serientäter. Als Griechenland 1893 bankrottging, wurden ausländische Finanzkontrolleure in die entsprechenden Stellen im Finanzministerium und der Zentralbank entsandt, um die Einhaltung der Sparpolitik zu überwachen.

Wie verlief der Staatsbankrott von 1893?

Griechenland bekam 1897 gegen Kontrollauflagen noch einmal einen neuen Kredit. 1932 gab es einen erneuten Schuldenausfall. Bis dahin haben die Griechen ihre Schulden allerdings bedient.

War die externe Finanzkontrolle denn in der Regel erfolgreich?

Sie funktioniert nur zum Teil, denn man beschneidet die Souveränitätsrechte des Landes. Demokratisch gewählte Regierungen sitzen immer in der Zwickmühle. Die ausländischen Gläubiger verlangen eine Deflationspolitik, die aber im Land nicht populär ist. Man kann die Lage von Lukas Papademos durchaus mit der von Reichskanzler Heinrich Brüning am Ende der Weimarer Republik vergleichen.

Inwiefern?

Der Young-Plan, der die Rückzahlung der Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg regelte, verlangte eine strikte Haushaltsdisziplin, die in der Bevölkerung nicht populär war. Das hat die Extremisten auf den Plan gerufen, die den Young-Plan zerreißen und sich vom Ausland abwenden wollten. Das Ende der Geschichte kennen wir.

Lässt sich das Verhalten Deutschlands in der Zwischenkriegszeit mit dem Griechenlands in den letzten Jahren vergleichen: ein vollkommen überschuldeter Staat, der immer weiter fröhlich auf Pump lebt?

Der Vergleich liegt nahe und gibt Anlass zur Sorge. Griechenland ist ein Land mit schwachen Institutionen und einer schwierigen Geschichte, man denke nur an den Bürgerkrieg nach dem Zweiten Weltkrieg und später die Militärdiktatur. Man muss Griechenlands Schuldenkrise auch als Staatskrise begreifen, und es ist nicht abzusehen, wie das Land allein da wieder herauskommt.

Die Griechen weisen gerne darauf hin, dass die Deutschen bei ihnen noch Schulden aus dem Zweiten Weltkrieg offen haben. Stimmt das?

Diese Frage ist umstritten. 1953 wurde im Londoner Schuldenabkommen vereinbart, dass die deutschen Kriegsschulden und Reparationen des Zweiten Weltkriegs im Zuge der Wiedervereinigung abschließend geregelt werden sollten. Da das 1990 nicht geschehen ist, wird im Allgemeinen gefolgert, dass die Schulden erloschen sind. Es gibt aber auch andere Stimmen.

Lucas Papademos, 2012 Foto Reuters

Heinrich Brüning, 1932 Foto Ullstein Bild

Was sind das für Schulden?

Während des Weltkrieges haben die Deutschen in großem Umfang Güter, Nahrungsmittel und Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten requiriert, teils für die deutschen Besatzungstruppen, vor allem aber für die deutsche Kriegswirtschaft. Bei der Reichsbank gab es eine Verrechnungskasse, die für einen Teil dieser Entnahmen Schulden verbucht hat.

Welche Länder hatten gegenüber Deutschland die höchsten Forderungen?

Im Gegensatz zur Ideologie, die besagte, dass die großen Ressourcen in Osteuropa zu holen seien, stammte der Löwenanteil der Transfers aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien. Allerdings waren die Wechselkurse, zu denen die Ressourcen verbucht wurden, sehr stark zugunsten Deutschlands manipuliert.

Gibt es überhaupt vernünftige Zahlen?

Schon während des Krieges hat man in den deutschen Stellen geschätzt, dass die Ressourcentransfers in Wirklichkeit dreimal so hoch waren wie die offiziellen Zahlen. Wenn man diese realistischeren Zahlen zugrunde legt, kommt man auf Schulden in Höhe von 90 Milliarden Reichsmark. Das entspricht ungefähr dem deutschen Bruttoinlandsprodukt von 1938.

Albrecht Ritschl Foto LSE

Wie viel Geld wäre das heute?

Es gibt verschiedene Modellrechnungen – die alle kritikwürdig sind –, um die Belastung in heutiger Währung anzugeben. Die Zahlen liegen zwischen 700 Milliarden und 1,4 Billionen Euro.

Und wie hoch sind die deutschen Schulden aus dem Zweiten Weltkrieg in Griechenland?

Wenn man eine Verzinsung von 4 Prozent im Jahr annimmt, kommt man auf vielleicht 3,4 Milliarden Euro. Das ist nur ein sehr kleiner Betrag im Vergleich zu Griechenlands aktuellem Schuldenberg.

Warum wurde nach der Wiedervereinigung von einer Rückzahlung der Reparationen abgesehen?

1990 stand man vor der Wahl, ob man ein Reparationsverfahren mit ungewissem Ausgang eröffnen oder das sehr erfolgreiche Modell der europäischen Kooperation weiterverfolgen wollte. Man hat sich aus guten Gründen für die zweite Variante entschieden. Vor allem konnte man darauf verweisen, dass Deutschland ab 1951 durchgängig Leistungsbilanzüberschüsse mit Westeuropa aufgewiesen hat. Das lässt folgende Schlussfolgerung zu: Durch eigenen Konsumverzicht hat Deutschland einen Ressourcentransfer zugunsten der Westmächte ermöglicht.

Und damit Reparationen gezahlt?

Wenn man nicht auf die Forderungen blickt, die – wie man im Moment sieht – ja auch einmal entwertet werden können, sondern auf die Güterströme schaut, dann ja. Die Deutschen haben im Laufe der Jahre ein riesiges Auslandsvermögen angehäuft. Durch die Schuldenkrise gerät dieses System ins Wanken.

Gibt es noch mehr Parallelen zur aktuellen Schuldenkrise in der Geschichte?

Die Target-2-Salden, die implizite Kreditvergabe Deutschlands im sogenannten Target-System der europäischen Zentralbanken, sind der Kreditnahme Deutschlands von den besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg nicht unähnlich.

Inwiefern?

Target ist ein Verrechnungssystem innerhalb des europäischen Zentralbanksystems und ähnelt dem Clearingsystem der Reichsbank im Zweiten Weltkrieg. Die Gemeinsamkeit liegt vor allem in der ökonomischen Funktion: In beiden Fällen wird ein System, das eigentlich zum Ausgleich kleiner Zahlungsspitzen gedacht war, dafür verwendet, Ressourcentransfers in großem Maßstab zu betreiben.

Wird Deutschland jetzt von seiner Geschichte eingeholt?

Nicht wörtlich, denn dann würde Deutschland jetzt von allen Seiten bedrängt, Reparationen zu zahlen. Das wird man nicht tun, um die europäische Kooperation nicht kaputtzumachen.

Gibt es denn eine Chance, dass wiederum die Forderungen der Deutschen noch einmal beglichen werden?

Die akkumulierten Überschüsse in Form des deutschen Auslandsvermögens gegenüber Südeuropa sind wahrscheinlich weg. All die schönen deutschen Luxusautos und Maschinen haben wir wohl verschenkt. Wenn Sie so wollen, sind wir insofern eben doch von unserer Geschichte eingeholt worden.

Das Gespräch führte **Judith Lembke.**

Griechische Zustimmung zu Troika-Forderungen weiter offen

Aber Mindestlohnsenkung und erste Entlassungen

Her. ABU DHABI, 6. Februar. Trotz des Ultimatums internationaler Kreditgeber haben führende Politiker Griechenlands auch am Montag nicht den Maßnahmen zugestimmt, die von der Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) gefordert werden. Sie sind Voraussetzung für das zweite Rettungspaket. Der griechische Ministerpräsident Lucas Papademos hat sein Treffen mit den Vorsitzenden der drei Regierungsparteien auf diesen Dienstag verschoben. Zunächst sollte es am Montagabend stattfinden. Einen Grund für die Verschiebung nannte Papademos' Büro nicht. Zuvor hatte er den Vertretern der Troika die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit den Vorsitzenden der Regierungsparteien vorgelegt.

Sie hatten am späten Sonntagabend im Grundsatz den von der Troika geforderten Maßnahmen zugestimmt. Das Ultimatum der internationalen Kreditgeber an Griechenland war am Sonntagabend ausgelaufen. Papademos hatte daher zunächst angekündigt, noch am Montagabend abermals die Parteivorsitzenden zusammenzurufen, um von ihnen die Zustimmung zu den konkretisierten Vorstellungen der Troika zu erhalten. Nach dem Treffen von Papademos mit den Parteivorsitzenden will die Troika sie einzeln vorladen. Ziel sei, die Zusage der Vorsitzenden zu den Maßnahmen zu erhalten, zu deren Umsetzung sie sich verpflichtet hatten. So will die Troika verhindern, dass sich die Parteivorsitzenden nach einer Parlamentswahl, die im April stattfinden könnte, nicht mehr an die Beschlüsse halten.

Papademos hatte am späten Sonntagabend eine grundsätzliche Einigung mit den Vorsitzenden der drei Parteien Pasok, Nea Dimokratia und der rechtspopulistischen Laos bekanntgegeben. Das Treffen mit Giorgos Papandreou, Antonis Samaras und Giorgos Karatzaferis hatte fünf Stunden gedauert. Demnach wurde ein Konsens erzielt, den Mindestlohn von 751 Euro im Monat um 20 Prozent zu senken. Die Troika fordert indessen eine Senkung um 25 Prozent. Die Parteivorsitzenden wollen das 13. und 14. Monatsgehalt nicht antasten, während die Troika zumindest auf eine teilweise Senkung besteht.

Die Parteivorsitzenden stimmen jedoch Einsparungen am Bruttoinlandsprodukt von 1,5 Prozent zu, um das Budgetdefizit zu reduzieren. Durch Fusion und Schließung defizitärer Staatsbetriebe sollen 2012 insgesamt 15 000 Erwerbstätige entlassen werden. Die Troika fordert im Staatsdienst hingegen 150 000 Entlassungen bis 2015. Man einigte sich, griechische Banken mit [illegible]er

> Die Troika will verhindern, dass sich die Parteien nach einer Wahl nicht an die Beschlüsse halten.

Mischung aus Stimmrechtsaktien und Wandelanleihen zu rekapitalisieren, die nach drei Jahren in Stimmrechtsaktien umgewandelt werden können.

Griechische Gewerkschaften haben für Dienstag zu einem Streik und einer Großkundgebung in Athen aufgerufen. Der Generalsekretär der Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Ilias Iliopoulos, sagte, die geplanten Sparmaßnahmen würden den „Teufelskreis der Rezession“ anfachen und die „griechische Gesellschaft in die Verzweiflung“ stürzen. Es wird aber nicht erwartet, dass sich die Regierung in ihren Verhandlungen von Streiks beeinflussen lässt. Der Vorsitzende der Pasok, Papandreou, hat sich dafür ausgesprochen, die Übergangsregierung von Lukas Papademos im Falle einer Einigung mit der Troika bis 2013 im Amt zu belassen, damit sie sich nicht bereits im April Neuwahlen stellen muss. *(Kursgewinne für griechische Aktien, Seite 18)*

Starkes Wachstum in Indonesien

Wie vor der Asienkrise / 6,5 Prozent im vergangenen Jahr

che. SINGAPUR, 6. Februar. Das größte Land Südostasien wächst wieder so schnell wie zuletzt vor der Asienkrise 1997. Die Wirtschaftsleistung Indonesiens stieg im vergangenen Jahr um 6,5 Prozent, nach 6,2 Prozent im Jahr 2010. Gerade erst haben die Ratingagenturen Moody's und Fitch dem Land nach 14 Jahren wieder den Investmentstatus zugesprochen. Aufgrund der weiterhin starken heimischen Nachfrage wuchs das Bruttoinlandsprodukt des Inselstaates im vierten Quartal 2011 im Jahresvergleich um 6,5 Prozent. Analysten wiesen angesichts der Turbulenzen im Westen besonders auf die Konstanz des Wachstums in dem größten muslimischen Landes der Erde mit seinen mehr als 240 Millionen Menschen hin: „Es kann nicht viele Länder auf der Welt geben, die von Quartal zu Quartal ein ganzes Kalenderjahr über mit gleicher Geschwindigkeit wuchsen: von einem Wachstum von 6,43 Prozent in den ersten drei Monaten bis auf 6,49 Prozent im vergangenen Quartal“, sagte Robert Prior-Wandesforde, Chefvolkswirt für Asien der Bank Credit Suisse in Singapur. „Es fiele schwer, nicht auch für dieses Jahr optimistisch auf Indonesien zu blicken.“ Die Investitionen in Indonesien stiegen im vergangenen Jahr um 21 Prozent gegenüber 2010. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono versprach, das Nadelöhr der Infrastruktur zu erweitern, indem die Regierung 168 Billionen Rupiah (14,3 Milliarden Euro) in den Ausbau von Eisenbahnen, Flughäfen und Straßen pumpt – ein Zuwachs von 19 Prozent im Jahresvergleich. Im Dezember hatte das Parlament in Jakarta ein Gesetz zum Landerwerb durch die Regierung genehmigt. Es dürfte die Bautätigkeit deutlich erleichtern.

Kurze Meldungen

Staats-Schuldenstand sinkt leicht

Die durchschnittliche Schuldenquote der Staaten des Euroraums ist im dritten Quartal 2011 leicht gesunken. Sie verringerte sich auf 87,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nach 87,7 Prozent im Vorquartal. Im Durchschnitt der 27 EU-Staaten stieg die Schuldenquote hingegen von 81,7 auf 82,2 Prozent, meldete das Statistikamt Eurostat. Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich unterschiedliche Entwicklungen. Deutschlands Schuldenquote sank minimal von 82 auf 81,8 Prozent. In den meisten Krisenländern der europäischen Peripherie stieg sie, am stärksten in Ungarn (um fast 5 Prozentpunkte auf 82,6 Prozent), Griechenland (um 4,4 auf 159,1 Prozent) und Portugal (um 3,6 auf 110,1 Prozent). In Italien sank sie um 1,6 Prozentpunkte auf 119,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich Griechenlands Schuldenquote um gut 20 Prozentpunkte, die Schuldenlast Portugals nahm um 18,6 Prozentpunkte zu. ppl.

Viel Feinstaub trotz Umweltzonen

In deutschen Ballungsräumen nimmt die Konzentration an Feinstaub trotz der Einführung von Umweltzonen sogar weiter zu. Die Werte lagen im vergangenen Jahr im Mittel über dem Niveau der vorherigen vier Jahre, wie das Umweltbundesamt am Montag mitteilte (F.A.Z. vom 11. Januar). Demzufolge sei 2011 an 42 Prozent der „verkehrsnahen“ deutschen Mess-Stationen der zulässige Tagesgrenzwert an mehr als 35 Tagen überschritten worden. In den Städten müsse daher noch mehr zur Reduzierung der gesundheitsschädlichen Partikel getan werden, schlussfolgerte Amtspräsident Jochen Flasbarth. Die Feinstaub-Belastung ist stark vom Wetter abhängig. Das kann das Umweltbundesamt nicht beeinflussen. jagr.

Diesel-Autos bleiben stehen

Der strenge Frost hat vor allem im Süden und Osten Deutschlands Hunderte Autos mit Dieselmotor lahmgelegt. Der Autoclub ADAC berichtete am Montag von zahlreichen Pannen, weil der Dieselkraftstoff bei den niedrigen Temperaturen nicht mehr richtig fließt. Bei Frost bilden sich im Diesel Kristalle, die den Kraftstofffilter verstopfen können. Die Ölkonzerne garantieren, ihre Dieselprodukte seien im Winter bis minus 22 Grad Celsius flüssig. In der Nacht zum Montag wurden aber Temperaturen bis minus 28 Grad gemessen. dapd

Gas aus Aserbaidschan erwartet

Der EU-Energiekommissar Günther Oettinger erwartet in den kommenden Monaten eine Vereinbarung über Gaslieferungen aus Aserbaidschan nach Europa. Das sagte er am Montag am Rande eines Branchentreffens in Essen. Er rechne damit, dass es binnen zwei oder drei Monaten Entscheidungen dazu geben werde. Ob das Nabucco-Konsortium mit dem deutschen Energiekonzern RWE den Zuschlag erhalte, sei offen. Die Betreiber des wichtigen Shah-Deniz-Gasfeldes in Aserbaidschan, die Konzerne BP und Statoil, hatten eine Vorentscheidung über die Vergabe [illegible]s Ende März in Aussicht gestellt. Dort liegen die auf absehbare Zeit einzigen nicht-russischen Gasreserven aus Vorder- und Zentralasien. Reuters

Frankreich fürchtet Stromausfall

Südfrankreich drohen wegen des hohen Energieverbrauchs in der momentanen Kältewelle weiterhin Stromausfälle. Der Netzbetreiber RTE gab am Montag für die südfranzösischen Departements Var und Alpes-Maritimes die höchste Alarmstufe aus. Der Netzbetreiber erwartete, dass am Montagabend ein neuer Verbrauchsrekord aufgestellt werden würde. In Frankreich ist der Stromverbrauch an kalten Tagen besonders hoch, da ein großer Teil der Haushalte mit Elektroheizungen ausgestattet ist – nach Angaben der Energieagentur Ademe wird in 31 Prozent der Wohnungen und Häuser mit Strom geheizt. Der Anteil von Elektroheizungen ist vor allem in neuen Wohnungen hoch. AFP

Standpunkt: Rolf J. Langhammer

Impulsgeber statt Solidaritätsverweigerer

Die deutsche Regierung sieht sich innerhalb des Euroraums in einer Art Geiselhaft von Mitgliedern mit tiefgreifenden finanz- und wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten. Sie wird von vielen internationalen Fachleuten vor die Wahl gestellt, entweder ihren Widerstand gegen einen im Ernstfall unlimitierten Ankauf von Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufzugeben oder aus dem Euroraum mit allen negativen Konsequenzen auszuscheiden. Argumentiert wird, dass die Schuldnerländer allein die Anpassungslast über eine bloße Austeritätspolitik nicht tragen könnten.

Diese Sicht folgt dem Ökonomen John Maynard Keynes, der in den vierziger Jahren sogar Strafsteuern gegen Überschussländer forderte. Man kann derartige Steuern als Kosten für eine falsche Einschätzung von Schuldentragfähigkeit ansehen: Deutschland hat Güter in Schuldnerländer exportiert und diesen das Kapital für den Kauf von Gütern geliehen in der Erwartung, dass diese Güter das Wachstum der Volkswirtschaften stärken würden, der Schuldendienst stets geleistet werden könnte und aus dem Schuldnerland später ein Gläubigerland würde. Dieses Modell hat in der Nachkriegszeit für Deutschland, Japan und Südkorea funktioniert, für Griechenland und vergleichbare Länder nicht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Keiner von ihnen liegt in der Verantwortung des Gläubigerlandes.

Erstens, die Währungszone bescherte den Schuldnerländern eine nennenswerte „Hochzeitsprämie“ gesunkener Risikozuschläge auf ihre Schulden. Diese Prämie begünstigte den privaten und öffentlichen Konsum, ließ die Löhne relativ zu den Güterpreisen steigen, förderte die Importneigung und schwächte die internationale Wettbewerbsfähigkeit, da das Realeinkommen nicht durch Produktivitätssteigerung, sondern nur durch einen „Windfall-Gewinn“ wuchs.

Rolf Langhammer ist Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel.

Foto dpa

Zweitens, den Schuldnerländern wurde in der Währungsunion der „leichte“ Anpassungsweg zur Wiedererlangung von Wettbewerbsfähigkeit über eine Abwertung des nominalen Wechselkurses genommen. Den „schweren“ Weg über Lohnsenkungen konnten oder wollten die Regierungen der Schuldnerländer nicht gehen.

Drittens, Griechenland importierte Güter (einschließlich Rüstungsgüter), die keinen Beitrag zu seinem Wachstum leisteten. Kurz: Es importierte „nutzlose Güter“ und exportierte dafür „nutzlose Wertpapiere“.

Viertens, die Lohnpolitik der deutschen Tarifparteien orientierte sich zu Recht ausschließlich an deutschen Einkommens- und Beschäftigungszielen, die so lange keine grenzüberschreitenden Effekte haben, wie die europäischen Arbeitsmärkte nicht integriert sind. Das sind sie auch zwanzig Jahre nach der offiziellen Vollendung des Binnenmarktes nicht. Das erklärt große Unterschiede in den realen Wechselkursen.

Die bloße Forderung nach Solidarität gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt ist politisch-moralisch begründet. Sie hat keinen objektiven Kern, außer dass in einer Geiselhaft nichts anderes übrigbliebe, als den Forderungen zu folgen. Es gibt aber eine objektive Verantwortung der Gläubigerregierung gegenüber der eigenen Bevölkerung, das Innovationspotential der eigenen Volkswirtschaft voll auszuschöpfen und Hemmnisse, die dem entgegenstehen, zu beseitigen. Einiges, siehe den deutschen Arbeitsmarkt, ist auf den Weg gebracht, anderes nicht. So werden wichtige Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung (mit Finanzierung durch Schulden) überwiegend oder nahezu ausschließlich von staatlichen Anbietern erbracht. Private Anbieter von Diensten aller Art werden behindert, zuallererst die ausländischen Anbieter. Die Nutzung öffentlicher Infrastruktur belastet nicht direkt den privaten Nachfrager und regt diesen daher auch nicht zu sparsamer Nutzung an. Subventionen verzerren die Produktionsstruktur und bleiben dennoch unangetastet. Die Energiewende steht bislang nur auf dem Papier.

Schon ein nur geringer Abbau dieser Hemmnisse würde nicht nur Innovationen begünstigen und Wachstum generieren. Er würde auch die Importneigung stärken, bei Gütern wie bei Dienstleistungen. Man könnte dieser Politik auch nicht den Vorwurf fortgesetzter Exportorientierung machen. Sie zielte auf die Veränderung von Angebotsstrukturen ab, nicht auf das Verhältnis zwischen Auslands- und Binnennachfrage. Sie hätte zudem einen wichtigen Signal- und Anreizeffekt für andere Euroländer, dem Beispiel zu folgen und ihrerseits Innovationen zuzulassen. Das jetzt fast vergessene Lissabon-Ziel, Europa zur wissensstärksten Region der Welt zu machen, gewönne wieder an Statur.

Deutschland kann sich vom Odium des „Solidaritätsverweigerers“ befreien, indem es die Rolle eines Impulsgebers für Politikreformen und Innovationen im Euroraum übernimmt und sich als Teil eines Innovations- anstelle eines Transferraums versteht.

Die Ausstrahleffekte auf die Volkswirtschaften der anderen Länder wären in der Eurozone noch größer als vor fünfzig Jahren innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zweifellos würde es Widerstände gegen weitgehende Reformen in Deutschland von Betroffenen in Deutschland geben. Diese Widerstände könnten aber überwunden werden, wenn Interessengruppen mit den Alternativen konfrontiert würden, dass Deutschland in der Geiselhaft verbliebe oder aus dem Euroraum ausschiede. Sie verschwänden auch, wenn es Deutschland gelänge, die anderen Staaten davon zu überzeugen, ähnliche Politikreformen zu ergreifen. Mit einer Reformoffensive der Euro-Staaten wäre die Geiselhaft zu Ende.